

Die herrschende Ordnung als die Ordnung der Herrschenden : rien ne va plus!

Autor(en): **Blum, Andreas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **63 (1984)**

Heft 2

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340102>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

gungen verdeutlichen wollen, wären 1987 die einen der Auffassung, die Bedingungen seien hinreichend erfüllt, die andern fänden, sie seien es nicht. Und jene, die heute die Bundesratsbeteiligung ablehnen, wären 1987 kaum verschwunden. Ein knapper oder ein etwas weniger knapper Entscheid stünde also ins Haus, fürs Bleiben oder für den Austritt — all dies etwa ein halbes Jahr vor den Wahlen. Schon dieses Szenario 1987 zeigt, dass ein wesentlicher Bestandteil der 1984er Bedingungs-idee hinkt.

Nicht Bedingungen, deren Inhalt und Verwirklichung unvermeidlicherweise mehrdeutig, interpretationsbedürftig, teilweise illusionär und darum umstritten wären, sind 1984 zuhanden des Jahres 1987 zu formulieren, sondern ein Entscheid ist fällig, so hart dies auch sein mag: Wir kommen nicht darum herum, jetzt, im Februar 1984, zu entscheiden: bleiben oder austreten und einen neuen Weg zu gehen versuchen — bei aller Mühsal, die neue Wege mit sich bringen.

sen, dass die spezifisch schweizerische Form einer Grossen Koalition unserem Land ein hohes Mass an politischer Stabilität gesichert hat. Das soll hier nicht geleugnet werden. Voraussetzung für das Funktionieren dieses Systems des Machtgleichs sind ein Minimum an Gemeinsamkeiten in den Wertvorstellungen und Zielsetzungen sowie die Respektierung von Spielregeln, die sich unter dem Begriff «faire Partnerschaft» zusammenfassen lassen.

Hier nun allerdings kommt man an der Feststellung nicht vorbei, dass diese Grundvoraussetzungen seit langem schon einem Erosionsprozess ausgesetzt waren. Im Zeichen der konservativen Tendenzwende, die — verschärft durch das Wahlergebnis vom vergangenen Herbst — das Rechtskartell seine Selbstsicherheit immer unverhohlener zur Schau tragen liess, kam die subtil austarierte Machtbalance mehr und mehr ins Rutschen. Der Druck auf sozialdemokratische Positionen, insbesondere in der Wirtschafts-, Sozial- und Aussenpolitik, wurde stärker, die Toleranzschwelle für alternative Positionen entsprechend niedriger — mit dem Resultat, dass das Mittragen von Verantwortung im Rahmen des Kollegialsystems für die Sozialdemokratie zur Gratwanderung wurde; der Kompromiss war häufig nurmehr zu haben um den Preis der Aufgabe linker Positionen. Nicht nur Willi Ritschard bekam das zu spüren; die Fraktion, aber auch die Partei insgesamt blieben vom unerbittlichen Konformitätsdruck nicht verschont. Das Arsenal der Gemeinsamkeiten wurde von Jahr zu Jahr kleiner, die Idee der Konkordanz allmählich zur politischen Dekoration. Die Sterilität der Regierungsparteiengespräche sowie die offensichtliche Unfähigkeit der Regierung

Die herrschende Ordnung als die Ordnung der Herrschenden

Rien ne va plus!

Von Andreas Blum, alt Nationalrat

Der «schwarze Mittwoch», der 7. Dezember 1983, hat für die SPS den Charakter einer einschneidenden Zäsur. An diesem Tag kulminierte die Hintertreppen-Strategie der Bürgerlichen in einem Wahldiktat, in einer Machtdemonstration von seltener Arroganz. Das Wort «Provokation» ist hier eindeutig am Platz. Dieser rüde Stil, diese totale Absenz von Fairness, diese verlogenen Scheingefechte — und das alles in der Attitüde hämischer Schadenfreude: das war selbst für hartgesottene Praktiker des politischen Geschäfts neu.

Der 7. Dezember 1983 hat Spuren hinterlassen. Mit einemmal brach in der SPS auf, was von der Scheinharmonie der Konkordanz zu lange zugedeckt war: das Gefühl der totalen Desavouierung. In einer Mischung von Verletztheit und Zorn waren viele von einem Tag auf den andern nicht mehr bereit hinzunehmen, dass die SPS — je nach Situation — gängelt oder diszipliniert oder

öffentlich lächerlich gemacht wird. Wie auch immer: Die Frage der Regierungsbeteiligung auf Bundesebene ist gestellt, und gleichgültig, wie sich der Parteitag entscheiden wird — *1984 wird für die SPS zu einem «Jahr der Wahrheit» werden.* Es steht viel auf dem Spiel: Die Partei kann, wenn sie zur Kompromisslosigkeit zurückfindet, an Profil gewinnen, oder aber sie geht einen Weg, der via Selbstverleugnung in die Bedeutungslosigkeit führt.

Die Zauberformel — ihre Spielregeln und ihr Preis

Die Idee der Konkordanz hat an sich etwas Bestechendes: Durch die Teilhabe aller grossen Parteien an der Regierungsverantwortung ist — theoretisch zumindest — Gewähr geboten für eine optimale Ausbalancierung der verschiedenen Machtansprüche und Interessen. Man wird auch, im Rückblick auf 25 Jahre Zauberformel, objektiv feststellen müs-

— oder der fehlende politische Wille — zur Verständigung auf eine minimale gemeinsame Basis, über alle parteipolitischen Differenzen hinweg, waren deutliche Indizien dafür, dass die Konkordanz-Idee sich überlebt hatte.

Eine bittere Lektion

Für die SPS besonders schmerzlich war jedoch die einmal mehr bestätigte Erfahrung, für die Bürgerlichen nur solange ein akzeptierter Partner zu sein, als sie das von ihnen diktierte Spiel mitzuspielen bereit war. Besonnenheit, Vernünftigkeit, Nüchternheit — das waren Attribute, mit denen man die SPS gönnerhaft bedachte, solange ihre Forderungen «im Rahmen» blieben und sie auf die Konfrontation verzichtete; eine kompromisslose Haltung dagegen wurde als extremistisch diffamiert. Trügerische Schalmeien — vom Arbeitsfrieden über die Sozialpartnerschaft bis zur Phrase vom «Wir sitzen alle im gleichen Boot» — tauchten die kontroversen Fragen in den Nebel einer ideologisierten Partnerschaft. *Die SPS als Legitimationskrücke bürgerlicher Herrschaft: das war die Rolle, die man ihr zgedacht hatte.* Unmissverständlicher als im Dezember 1983 ist der SPS noch nie klargemacht worden, wo die Grenzen nicht nur ihrer Macht, sondern auch ihrer Selbstbestimmung sind. Wer jedoch sogar Selbstverständlichkeiten missachtet — das Recht des Partners zum Beispiel, primär selbst darüber zu befinden, wer seine Interessen in der Kollegialregierung vertritt —, macht die Konkordanz zur Farce. Wenn sozialdemokratische Bundesratskandidaten — und das war ja wohl die Lektion des «schwarzen Mittwoch» — nur noch dann eine Chance haben, gewählt zu werden, wenn ihre Qualifikation umstritten ist und

ihre Verankerung in der Partei möglichst schwach, ist der Zeitpunkt imperativ gekommen, die Regierungsbeteiligung auf Bundesebene grundsätzlich in Frage zu stellen. Das ist nicht mehr und nicht weniger als ein Akt der politischen Hygiene.

Konkordanz und Malaise

Konkordanz ist ausgerichtet auf den grössten gemeinsamen Nenner und tendiert von daher stark zum Kompromiss. Das bedeutet in der Konsequenz, dass Konflikte möglichst gar nicht erst ausgetragen, sondern im frühestmöglichen Zeitpunkt durch einen Konsens «gelöst» oder eben nur übertüncht werden. Dazu kommt, dass durch die Einbindung der einzigen grossen Linkspartei in die Regierungsverantwortung die potentiell gewichtigste Oppositionspartei faktisch ausgeschaltet oder doch weitgehend neutralisiert ist. Damit fehlt der Konkordanz-Demokratie das «Salz in der Suppe». Die lähmende Langeweile, das wenig transparente Ritual demokratischer Prozesse, das den Bürger dem resignativen Gefühl überlässt, nur ein Rädchen in einer sich selbst regulierenden Maschinerie zu sein: all dies sind Alarmsignale, dass das Konkordanz-Denken bei all seinen positiven Aspekten eben doch wesentliche Elemente der Demokratie — die offene Austragung von Konflikten zum Beispiel — zu kurz kommen lässt. Die Meinung jedenfalls ist immer stärker verbreitet, der politische Entscheidungsprozess spiele sich letztlich in bürokratischen Ämtern und Lobby-Zirkeln ab, weit vom Bürger entfernt und weit am Bürger vorbei — er ist weder anvisiert noch gefragt.

Und die Antwort des Bürgers? Apathie, Desinteresse, Rückzug in die private — «heile» — Welt. Punktuelle Eruptionen

der Gewalt scheinen, seit «law and order» wieder allgegenwärtig sind und die herrschende Ordnung wieder die Ordnung der Herrschenden ist, der Vergangenheit anzugehören.

So ist denn die Konkordanz, diese Demokratie in Watte, an der zunehmenden «politischen Dienstverweigerung», wie sie uns in der ständig abnehmenden Stimm- und Wahlbeteiligung immer drastischer entgentritt, nicht unschuldig — mit ihrer Tendenz, Konflikte zu verdrängen und Widersprüche vorschnell zu harmonisieren. Die Fähigkeit der Demokratie zur Selbstreinigung ist dadurch mehr und mehr verkümmert. Und die SPS kann sich ihrer Mitverantwortung für dieses «Malaise» nicht entziehen.

Das Dilemma der Sozialdemokratie

Es ist aber nicht nur die Erkenntnis, dass die Konkordanz-Demokratie schweizerischer Prägung sich totgelaufen hat, die dem 7. Dezember den Charakter einer radikalen Zäsur gibt. Für das politische System Schweiz mindestens ebenso wichtig ist die Tatsache, dass an diesem Tag das nicht aufhebbar Dilemma der Sozialdemokratie gleichsam öffentlich wurde. Am 7.12.1983 zeigte sich mit schonungsloser Schärfe, dass sich die SPS durch ihr loyales Mittragen von Verantwortung im Rahmen des bundesrätlichen Kollegialsystems in eine äusserst delikate Situation manövriert hat.

Historisch angetreten mit dem Anspruch, das bürgerlich-kapitalistische Herrschaftssystem zu überwinden, sah sich die SPS als Bundesratspartei mit dem Vorwurf konfrontiert, gleichzeitig Regierungspartei und Opposition sein zu wollen (mit dem Resultat, keines von beidem wirklich zu sein) und mit ihrer konstruktiven Mitarbeit

letztlich genau das am Leben zu erhalten, was zu überwinden sie vorgebe. Auch wer dem pragmatisch die effektiven Machtverhältnisse in diesem bürgerlichen Staat entgegenhält, sich also bewusst ist, dass Macht-Teilhabe das Maximum ist, was die realen Bedingungen des Systems zulassen, wird sich Rechenschaft darüber geben, dass die Identität der SPS in der Zeit der Kooperation — oder polemisch ausgedrückt: Kollaboration — in beängstigender Art und Weise ausgefranst ist. Es fehlt das Profil, es fehlt die innere Kohärenz. Hinzu kommen massive Abbröckelungsprozesse an den Rändern des Spektrums — von den radikalen Sympathisanten totalitärer Ideologien auf der einen bis zu den Grünen und den Sozialromantikern auf der andern Seite. Und dort, wo die Basis der organisierten Arbeiterschaft, die eigentliche Kernsubstanz der Partei sein müsste, stossen wir auf das latente oder manifeste Schisma zwischen einem linken und einem rechten Flügel, in der Bandbreite von klassenkämpferisch bis reaktionär. Vor allem aber kann nicht übersehen werden, dass eine grosse Zahl von Sozialdemokraten — sei es aus Stolz über die errungenen politischen Erfolge oder aus Angst vor dem Verlust derselben — bürgerliche Wertvorstellungen und Verhaltensnormen in einer Weise verinnerlicht haben, dass sie nurmehr mit Mühe als Sozialdemokraten auszumachen sind.

Eine Frage der Glaubwürdigkeit

Aus all diesen Gründen — vor allem aber weil die Voraussetzungen konstruktiver Partnerschaft im Rahmen der Kollegialregierung heute nicht mehr gegeben sind — ist für die SPS die Regierungsbeteiligung letztlich eine Frage der Glaubwür-

digkeit. Eine selbstkritische Fussnote darf dabei nicht fehlen: Nach allen Fehlleistungen, die im Vorfeld des 7.12.1983 passiert sind — von der forschenden Taktik, die von der Gegenseite ohne Mühe als Pression, als Nötigung gar ausgeschlachtet werden konnte, über die fast schon peinliche Emotionalisierung der Frage «Frau im Bundesrat» (inkl. die an der Grenze des guten Geschmacks balancierende Vereinnahmung des eben erst gestorbenen Willi Ritschard) bis hin zur hemmungslosen Boulevardisierung der Kampagne, die, wenn nicht angeheizt, so doch unkritisch geduldet wurde — wird parteiintern noch erhebliche «Trauarbeit» zu leisten sein. Wie dem auch sei: Bei allem, was vorgefallen resp. der SPS zugemutet worden ist, kann eine Regierungsbeteiligung ohne Gesichtsverlust nicht mehr glaubwürdig begründet werden.

Dabei muss die Partei Antwort — so oder so — *jetzt* geben. Den Vorschlag, mit der Oppositionsrolle lediglich zu drohen, um dann — «zu gegebener Zeit» — eine weitere Mitarbeit in der Konkordanz von Bedingungen abhängig zu machen (und sich in der Zwischenzeit, quasi im Fauteuil, auf die neue Rolle vorzubereiten), halte ich für blauäugig. Die SPS als Regierungspartei auf Zeit? Im Ernst: Dieses Kalkül — so es nicht einfach taktisch auf Zeit spielt (und damit sich selbst entlarvt) — ist absurd und verkennt die realen Machtverhältnisse total. Der sogenannte Mittelweg ist mit Bestimmtheit ein Weg in die Sackgasse. Nein, die Partei muss sich jetzt klar werden darüber, was sie will und was sie nicht will — was sie sich zumuten lässt und was — weil ihre Selbstachtung, ihre Würde auf dem Spiele steht — sie hinzunehmen nicht länger bereit ist. Kommt sie zu einem «Nein», wird sie das Risiko ein-

gehen müssen, vorübergehend stark mit sich selbst beschäftigt zu sein. Diese Durststrecke muss in Kauf genommen werden.

Die Verweigerung als Chance

Wenn sich die SPS unter den gegebenen Umständen der Konkordanz verweigert, ist dies — für das politische System Schweiz ebenso wie für die Partei — eine Chance: indem die Fronten wieder klarer werden, die Verhältnisse für den Bürger überschaubarer, weniger verfilzt. Die SPS ihrerseits könnte von einem Mobilisierungseffekt von seiten all jener profitieren, die sich angesichts der institutionalisierten Politik der Selbstverleugnung desillusioniert von der Partei abgewendet haben. Insofern wäre *ein Entscheid gegen die Regierungsbeteiligung auch ein Entscheid gegen die Resignation*. Persönlich bin ich überzeugt, dass die SPS eine Phase der Regeneration, der Selbstfindung dringend nötig hat. Sie mag äusserlich vorübergehend an Macht einbüssen — auf lange Sicht wird sie erstarken. A propos: Das Argument, eine SPS, die in der Regierung nicht mehr vertreten ist, werde entscheidend an Boden verlieren, wäre einer eingehenden Analyse wert. Ohne hier die ketzerische Frage zu erörtern, ob und inwieweit Machtentscheide in unserem politischen System überhaupt in Regierung und Parlament fallen, muss doch festgestellt werden, dass eine SPS ausserhalb der Regierung sich damit ja keineswegs aus der Verantwortung stiehlt; sie würde sie lediglich auf andere Weise wahrnehmen. Das historische Verdienst der Sozialdemokratie an einer sozial gerechten, wirtschaftlich leistungsfähigen Schweiz ist unbestritten. *Sozialdemokraten und Gewerkschafter werden auch in Zukunft be-*

reit sein, ihren Teil Verantwortung an der Weiterentwicklung dieser Gesellschaft zu leisten, und zwar auf allen Stufen, wo die Prinzipien fairer Partnerschaft respektiert werden und uns keine Alibifunktion zugemutet wird. Auf der Ebene Bundesrat sind — anders als in Kantonen und Gemeinden — diese Voraussetzungen heute offensichtlich nicht mehr gegeben. Nun wird da und dort gesagt, ein Regierungsaustritt werde —

insbesondere für das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften — zu einer ZerreiSSprobe führen. Ein Bruch könnte in der Tat nicht verantwortet werden. Nur übersehen die Auguren, die genüsslich in diese Richtung spekulieren, eines: mit dem 7.12.83 ist eine völlig neue Situation entstanden. Auch wer das grundsätzlich differente, weil konservativere Selbstverständnis der Gewerkschaften in Rechnung stellt, lässt die Frage zumindest offen,

ob es nicht im Interesse auch gewerkschaftlicher Politik liegt, zu klareren Konstellationen zurückzufinden. Der 7.12.83 zwingt die SPS zum Handeln. Persönlich glaube ich, dass das «Spiel» — von uns, auch in schwerer Zeit, immer ernstgenommen — mit dem Affront vom 7. Dezember aus ist.

Rien ne va plus!

Austritt genügt nicht — die SP-Politik muss sich ändern

Austritt aus der Konkordanz

Von Fritz Heeb

Die Nichtwahl von Lilian Uchtenhagen und die Wahl von Otto Stich in den Bundesrat war eine eklatante Niederlage der Sozialdemokratie und der schweizerischen Arbeiterbewegung. Sie stellt die sogenannte Konkordanzdemokratie in Frage. Der für das Volk sichtbarste Ausdruck der Konkordanzdemokratie ist die Beteiligung aller grossen schweizerischen Parteien im Bundesrat im Sinne der «Zauberformel». Konkordanzdemokratie ist wohl seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges die der sozialen, politischen und föderalistischen Struktur der Eidgenossenschaft angemessene Regierungsform. Die Schweiz kann weder von einer politischen Partei noch von einer Sprachregion majorisiert werden. Die Schweiz ist als föderalistisches Staatswesen und als Referendumsdemokratie nicht nach dem Muster der parlamentarischen Demokratien unserer Nachbarn zu regieren.

Charakteristisch für die Konkordanzdemokratie ist es, dass die Gesetzgebung, die zwar nach der Verfassung Sache der Bundesversammlung ist, in vorkonkordanzdemokratischen und ausserparlamentarischen Verfahren (in Expertenkommissionen und Vernehmlassungsprozeduren) zwischen den wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Kräften zur Erzielung eines Kompromisses, der Herstellung der Konkordanz also, grundsätzlich festgelegt wird, dies vor allem, um ein Referendum mit dem Risiko auf Ablehnung zu vermeiden. Der vor- und ausserparlamentarisch erzielte Kompromiss wird vom Bundesrat gegenüber der Bundesversammlung vertreten, die grundsätzlich den Kompromiss nur noch abzusegnen hat. Voraussetzung des Funktionierens solchen Konkordanz-Verfahrens ist doch wohl, dass die beteiligten politischen und wirtschaftlichen Kräfte einander

formell als gleichberechtigt und autonom anerkennen.

Diese unabdingbare Voraussetzung ist am 7. Dezember durch das Bürgertum, insbesondere durch Freisinn und SVP, in einem Akt selbstgefälliger Kraftmeierei und arroganten Übermuts missachtet worden. Man wollte demonstrieren, wer Herr im Bundeshaus ist. Man demütigte vorsätzlich die sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung; indem man einen Mann zum Bundesrat erkor, der zwar auch Sozialdemokrat ist, aber kein Kandidat war, von dem man indessen erwartet, dass er sich fügsam zeige, fügsamer als die vorgeschlagene Lilian Uchtenhagen.

Die gespielte Empörung der bürgerlichen Parlamentarier über angebliche Drohungen Helmut Hubachers und angebliche Nötigungsversuche der sozialdemokratischen Fraktion waren für die Galerie bestimmt. Man versucht so, vor der Öffentlichkeit zu verschleiern, dass Lilian Uchtenhagen als «engagierte Sozialdemokratin», als Frau von den kleinkarierten Männern von vornherein abgelehnt wurde.

Die Konsequenz, welche die Sozialdemokratie daraus zu ziehen ist, *Das müsste dadurch geschehen, dass sich die Sozialdemokratie zurzeit aus dem Bundes-*